



Polizeieinsatz gegen russische Demonstranten in Tallinn, Sowjet-Denkmal



LEHTIKUVA OY / ACTION PRESS

ESTLAND

Frustrierte Großmacht

Mart Laar, 47, Ex-Premier und Parlamentsabgeordneter in Tallinn, über den Konflikt seines Landes mit Russland

SPIEGEL: Die Versetzung des sowjetischen Soldatendenkmals in Tallinn hat das Verhältnis zwischen Esten und Russen dramatisch verschlechtert. Ist es wirklich die in Ihrem Land lebende russische Minderheit, die hinter den wütenden Protesten in der estnischen Hauptstadt und in Moskau steckt?

Laar: Es ist nur eine Minderheit jener Minderheit. Rund ein Drittel der 1,4 Millionen Einwohner ist russischer Herkunft – randaliert haben aber nur knapp 2000 junge Leute. Trotzdem haben viele Russen Angst, dass die Esten sie nach den



TIMUR NISAMETDINOV / AFP

Straßenschlachten jetzt alle für Marodeure halten.

SPIEGEL: Hat Moskau die Proteste angestiftet?

Laar: Wir haben ganz klare Hinweise darauf, dass es Kontakte der russischen Botschaft mit den radikalen jungen Russen gab. Die Ausschreitungen sind eindeutig von der Putin-Regierung gewollt.

SPIEGEL: Welchen Sinn macht es für Moskau, in Ihrem Land Unruhe zu stiften?

Laar: Dahinter steckt frustriertes, altes Großmacht-Denken. Viele in Russland können kaum aushalten, dass Länder, über die Moskau früher herrschte, jetzt selbstständig sind und eine eigenständige Politik betreiben. Das russische Nationalbewusstsein ist dafür zu schwach aus-

geprägt, es braucht dringend einen äußeren Feind. Den gibt Putin seinen Landsleuten. Mal sind es die Ukrainer, mal die Polen, mal die Georgier. Im Moment sind wir dran.

SPIEGEL: Ihr Land ist in der EU und in der Nato. Muss Estland den großen Nachbarn ernsthaft fürchten?

Laar: Was Moskau bleibt, sind Wirtschaftsblockaden und Schikanen an der Grenze. Der georgische Wein zum Beispiel gewinnt auf internationalen Messen Goldmedaillen – aber die Russen behaupten, er entspreche nicht ihren Hygienevorschriften, deshalb lassen sie ihn nicht ins Land. Solche Art von Boykotts kann es auch gegenüber Estland geben.

SPIEGEL: Nimmt die EU die Probleme ihrer östlichen Mitglieder ernst genug?

Laar: Sie hat viel dazugelernt, aber das hat eine Weile gedauert, wir sind zufrieden mit Brüssel. Russland versucht, einen Keil in die Europäische Union zu treiben. Der Konflikt zeigt: Wir brauchen dringend eine gemeinsame EU-Außenpolitik.

PHILIPPINEN

Bedenkliches Finale

Wenige Tage vor den Wahlen zum Zweikammerparlament und den Regionalvertretungen am 14. Mai hat Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo die Streitkräfte mobilisiert – angeblich um die ausufernde Gewalt während des Wahlkampfes zu begrenzen. Ihre Gegner werten die Aktion indes als Einschüchterungsversuch: Gerade die Militärs drehen zuletzt kräftig an der Gewaltspirale mit. Eine Untersuchungskommission der Uno stellte fest, dass die Armee seit Arroyos Amtsantritt 2001 die Ermordung von Regimegegnern toleriert, wenn nicht gar gefördert

habe; die Menschenrechtsgruppe Karapatan spricht von mehr als 800 getöteten Gewerkschaftern, linken Oppositionellen und Journalisten. Der Uno-Sonderberichterstatter ermahnte die promovierte Ökonomin Arroyo eindringlich, die Streitkräfte zur Aufklärung der



CHERYL RAVELO / REUTERS

Morde zu bewegen. Die Präsidentin rechtfertigt den Einsatz von Soldaten mit Auseinandersetzungen zwischen Privatarmeen verfeindeter Politiker – seit Wahlkampfbeginn im Februar seien dabei über 30 Menschen ums Leben gekommen. Solche Gewalt ist nicht ungewöhnlich auf dem Archipel. Nach der Präsidentschaftswahl 2004 wurde die Zahl der Wahlkampftoten mit 148 beziffert. Der jetzige Einsatz des Militärs dürfte denn auch eher dazu dienen, Arroyos Partei Kampi die Macht in Parlament und Senat zu sichern. Sollte die umstrittene Staatschefin dieses Ziel nicht erreichen, drohen ihre Gegner mit einem Amtsenthebungsverfahren.

Arroyo-Gegner in Manila